



Mathias Stein

Mitglied des Deutschen Bundestages

Mathias Stein, MdB · Platz der Republik · 11011 Berlin

An den
SPD-Ortsverein Kiel West/Altstadt

z.Hd. Thore Pingpank
[REDACTED]

Mathias Stein, MdB
Deutscher Bundestag

Postanschrift:
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227 - 78 121

Fax: (030) 227 - 70 122

E-Mail: mathias.stein@bundestag.de
www.mathias-stein.de

Berlin, den 22.08.2018

Lieber Thore,

herzlichen Dank für eure Stellungnahme als Ortsverein Kiel West/Altstadt zum sogenannten Masterplan Migration.

Dass sich CDU und CSU im parteiinternen Asylstreit inakzeptabel verhalten haben, ist selbst innerhalb der Union unstrittig. Deswegen ist es aber gerade wichtig, dass die Union nicht alleine oder mit der FDP sondern mit der SPD regiert. Relevant für die Arbeit der Bundesregierung ist ja nicht, was CDU und CSU unter sich besprechen, sondern was die Union mit der SPD aushandelt. Innerhalb der Regierung haben wir als Korrektiv die antieuropäischen Vorschläge der CSU verhindern können. Als Oppositionspartei hätten wir die CSU lediglich aufs Schärfste kritisieren, in der Sache aber eben nichts bewirken können.

Wir haben als Antwort auf die Forderungen der CSU unseren 5-Punkte-Plan (siehe Anlage) erarbeitet und sind damit in die Verhandlungen mit der Union gegangen. Von dem, was die CSU und Herr Seehofer mit ihrem sogenannten „Masterplan“ beabsichtigt hatten, bleibt nach dem Kompromiss im Koalitionsausschuss vom 5. Juli fast nichts übrig. Der Kompromiss legt fest, dass Seehofer keine nationalen Alleingänge unternehmen kann. Ebenso enthält er das klare Bekenntnis für eine Lösung mit und nicht gegen Europa. Das Asylrecht bleibt unangetastet. Was uns als Sozialdemokraten auch wirklich wichtig war: statt Grenzen zu schließen und die südeuropäischen Staaten alleine zu lassen, wollen wir sie besser als bisher unterstützen. Konkret: Hilfe bei der Registrierung, der Unterbringung, den Asylverfahren und der Rückführung – also administrative und finanzielle Unterstützung durch andere Mitgliedstaaten und durch die EU. Ebenso ist natürlich klar, dass wir Geflüchtete aufnehmen, die in den südeuropäischen Ländern ankommen.

Die von der Christlich-Sozialen Union ins Spiel gebrachten Transitzentren hatten wir schon in der vergangenen Wahlperiode vehement abgelehnt. Auch diesmal konnte sich die CSU nicht durchset-

Mathias Stein, MdB

Wahlkreisbüro: Medusastraße 16, 24143 Kiel

E-Mail: mathias.stein.wk@bundestag.de

zen: Gegen geschlossene Lager haben wir als SPD unser Veto eingelegt. Nach dem CSU-Landesgruppenchef Dobrindt durch seine Äußerungen („Abschiebeindustrie“) auch die Justiz verunglimpft hatte, ist jetzt auch für die CSU klar: Rechtsstaatliche Verfahren sind und bleiben garantiert. Das setzt dem Bundesinnenminister nun einen klaren Rahmen für Verhandlungen mit unseren europäischen Nachbarn mit dem Ziel, bilaterale Abkommen zu schließen. Die Möglichkeit, solche Abkommen zu verhandeln, hatten im Übrigen natürlich bereits die Vorgänger Seehofers Thomas de Maizière, Hans-Peter Friedrich und Wolfgang Schäuble (allesamt CDU/CSU).

Ihr fordert, dass wir uns für ein umfassendes und faires Einwanderungsgesetz einsetzen. Da sind wir klar einer Meinung: Wir müssen legale Migrationswege für Menschen schaffen, die zwar keine Asylgründe vorweisen können, aber auf unserem Arbeitsmarkt dringend gebraucht werden. Ein solches Gesetz fordern auch wir als SPD-Bundestagsfraktion seit Jahren. Bereits 2003 hatte die damalige Bundesregierung aus SPD und Grünen ein Einwanderungsgesetz auf den Weg gebracht, das allerdings im Bundesrat am Widerstand von CDU, CSU und FDP scheiterte. In der vergangenen Wahlperiode hat die von unserer Fraktion eigens dafür gegründete Projektgruppe #NeuesMiteinander den Entwurf für ein Einwanderungsgesetz erarbeitet und im November 2016 vorgestellt. Kernpunkte waren schon damals ein faires, transparentes Punktesystem, eine leichtere Anerkennung von Abschlüssen nicht mehr nur für Akademiker und der Nachzug der Kernfamilie. CDU/CSU haben diesen Entwurf aber mit aller Macht blockiert. Im Koalitionsvertrag für die aktuelle Wahlperiode konnten wir uns als SPD endlich durchsetzen und das Einwanderungsgesetz vereinbaren. Wenn der unsägliche Asylstreit zwischen CDU und CSU ein Gutes haben sollte, ist es unser Verhandlungserfolg im Koalitionsausschuss, dass das Einwanderungsgesetz noch in diesem Jahr kommen wird.

Das Bundesinnenministerium hat dazu nun in Abstimmung mit dem Arbeits- und dem Wirtschaftsministerium ein Eckpunktepapier vorgelegt. Auch wenn das Papier noch einen weiten Weg bis hin zu einem Gesetzentwurf zurücklegen muss, gibt es neben einigen kritischen Punkten auch bereits einige Lichtblicke: Ein großer SPD-Erfolg ist zum Beispiel, dass künftig nicht nur Hochschulabsolventen, sondern alle beruflich Qualifizierten für eine begrenzte Zeit zur Jobsuche einreisen dürfen, auch wenn sie noch kein konkretes Jobangebot haben. Das hilft vielen Menschen wirklich ganz konkret weiter. Unsere langjährige Forderung nach einem Punktesystem ist zwar im Eckpunktepapier nicht namentlich erwähnt. Das Papier stellt aber klar, dass die Kriterien für Einwanderung künftig deutlich transparenter werden, damit Fachkräfte aus dem Ausland klare und verlässliche Informationen über ihre Chancen und Perspektiven in Deutschland erhalten können.

Da es sich hier zunächst um ein Eckpunktepapier handelt, muss zunächst noch ein richtiger Entwurf vom Bundeskabinett verabschiedet werden. Im parlamentarischen Verfahren werden wir uns dann genau anschauen, ob und wenn ja wo wir den Gesetzentwurf noch verändern wollen. Ich persönlich finde zum Beispiel, dass wir künftig beruflich und gesellschaftlich gut integrierte Menschen nicht mehr kategorisch ausweisen oder abschieben sollten, wenn sie keinen Asylgrund

(mehr) haben. Deswegen sollten wir definitiv über den derzeit diskutierten „Spurwechsel“ nachdenken. Das wäre ein echter Anreiz für viele Menschen, sich noch stärker als bisher um ihre Integration zu bemühen. Denn aktuell häufen sich die Berichte über Abschiebungen sehr vorbildlich integrierter Menschen, die in Ausbildung oder in einem Arbeitsverhältnis stehen – das senkt bei vielen Menschen nachvollziehbar die Bereitschaft, mit viel Energie und Engagement unsere Sprache zu lernen, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen und sich hier eine berufliche und private Zukunft aufzubauen, kurz: Es senkt die Anreize zur Integration. Dass der Vorschlag für den „Spurwechsel“ von Daniel Günther (CDU) kam, während CDU und CSU sich in den Koalitionsverhandlungen noch vehement gegen eine solche Regelung gewehrt hatten, zeigt, dass viele in der Union mittlerweile diese langjährigen Positionen der SPD übernommen haben. Auch aus der Wirtschaft, die immer stärker unter dem allgegenwärtigen Fachkräftemangel leidet, gibt es Unterstützung.

Wie Ihr ganz richtig schreibt, ist erfolgreiche Integration von enormer Bedeutung – und das nicht nur auf dem Arbeitsmarkt. Ich denke, dass wir hier aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben. Zwar haben die CDU- und CSU-Innenminister lange Jahre eher Personal bei der Bundespolizei oder auch beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgebaut. Als Parlament haben wir das aber berichtigt und tausende neue Stellen geschaffen – die natürlich auch erst einmal besetzt werden müssen. Zudem haben wir in den vergangenen Jahren stetig mehr finanzielle Mittel für Integrations- und Sprachkurse zur Verfügung gestellt. Ziel dabei war und ist, nicht nur die Anzahl der Plätze zu erhöhen, sondern auch gezielt in die Qualität der Kurse zu investieren. Dazu haben wir auch die Bezahlung der Lehrkräfte angehoben, um mehr Fachkräfte für diese Kurse zu gewinnen. Mit dem Programm „Sprachkitas“ und mit „Deutsch als Zweitsprache (DAZ)“ setzen wir auch bereits bei den Kleinen an. Die Jugendmigrationsdienste wurden von uns ebenfalls finanziell gestärkt, damit unbegleitete minderjährige Geflüchtete gut betreut werden können. Weitere Ansatzpunkte sind beispielsweise faire Chancen auf Bildung, unabhängig von Herkunft und Elternhaus, Integration durch Sport, mehr Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe, aber auch Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, etwa durch die bessere Finanzierung der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, mehr partizipative Elemente und Projekte für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt sind ebenfalls Ziele, für die wir uns als Bund engagieren. Die Integration beginnt oder endet natürlich nicht bei dem, was der Bund unternimmt, aber ich hoffe, dies genügt Euch erst mal als Überblick.

Unser Fokus darf natürlich nicht nur auf den Migrantinnen und Migranten liegen, die für unseren Arbeitsmarkt interessant sind oder für die die Flucht aus Krisenländern erfolgreich verläuft. Deswegen setzt sich unsere Fraktion auch bereits seit vielen Jahren für die Bekämpfung von Fluchtursachen ein. Unsere sozialdemokratischen Außenminister – allen voran Frank Walter Steinmeier, aber auch Sigmar Gabriel und Heiko Maas haben mit enormem Engagement in internationalen

Konflikten vermittelt, um friedliche Lösungen zu erreichen. Auf Druck der SPD hat die Bundesregierung zudem dem Auswärtigen Amt in den vergangenen Jahren jedes Jahr mehr Geld für zivile Krisenprävention gegeben. Allein 2018 sind es 1,5 Milliarden Euro, mehr als das Dreifache der Mittel für 2015 (475 Mio. Euro). Das sah unter schwarz-gelb noch ganz anders aus, CDU/CSU und FDP hatten sich geweigert, diesen Bereich nachhaltig zu stärken (siehe hier: <https://www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/bundesregierung-weigert-zivile-krisenpraevention-nachhaltig-staerken>). Der berühmte Satz von Willy Brandt, „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Frieden“, ist also auch heute Primat sozialdemokratischer Außenpolitik.

Wer in seiner Heimat Krieg, Terror, Unterdrückung erwarten hat, wird dort keine Zukunftsperspektive sehen. Für uns als SPD ist deswegen klar, dass wir auch die Rüstungsexporte in Drittländer weiter einschränken wollen. Diesen Punkt konnten wir auch im Koalitionsvertrag verankern. Mit den Kleinwaffen-Grundsätzen (2015) und den Post-Shipment-Kontrollen (2016) haben wir auf SPD-Initiative gegen den Widerstand der CDU/CSU bereits die strengsten Regeln aufgestellt, die es in Deutschland jemals gab. Trotzdem sehen wir, dass insbesondere die Exporte bei Kleinwaffen nicht stark genug sinken. Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung daher die Rüstungsexportrichtlinien weiter verschärfen. Ebenfalls werden wir uns für eine gemeinsame europäische Rüstungspolitik einsetzen.

Ich denke, wenn wir Fluchtursachen wirklich nachhaltig bekämpfen wollen, müssen wir unseren Teil dazu beitragen, dass die Menschen in Krisenregionen wieder eine echte Zukunftsperspektive haben. Denn viele verlassen ihre Heimat nicht mehr nur aus Gründen, für die ihnen Asyl gewährt werden kann: Dürre und Wassermangel werden für ganze Regionen immer bedrohlicher. Deswegen müssen wir – das haben wir als SPD auch in unserem 5-Punkte-Plan ausgeführt – natürlich mehr unternehmen, um Hunger und Durst zu bekämpfen und das UNHCR und das World Food Programme stärken. Ebenso müssen wir deutlich mehr für Klimaschutz tun, denn die Krisenregionen werden vom Klimawandel zuerst und mit voller Wucht getroffen. Wir dürfen aber nicht nur die Symptome bekämpfen: Wir müssen deutlich fairer als bisher mit Entwicklungsländern handeln, und wir müssen die Ausbeutung dieser Länder im Bereich der Landwirtschaft bekämpfen.

Herzliche Grüße

